

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 21. Juni 1960 (BGBl. I S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 22. MÄRZ 1968 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte durch die Amtsverwaltung - Amtsbauplanamt - Riegelsberg.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

Geltungsbereich	Art der baulichen Nutzung	Art der baulichen Nutzung	Art der baulichen Nutzung	Art der baulichen Nutzung
2.1 Baugebiet	reines Wohngebiet	15. Verkehrsflächen	siehe Plan	
2.1.1 zulässige Anlagen	Wohngebäude	16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen	siehe Plan	
2.1.2. ausnahmsweise zulässige Anlagen	Läden zur Deckung des tägl. Bedarfs	17. Versorgungsflächen	siehe Plan	
3. Maß der baulichen Nutzung		18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und leitungen	entfällt	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	I (siehe Plan)	19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen	entfällt	
3.2 Grundflächenzahl	0,4	20. Grünflächen	siehe Plan	
3.3 Geschößflächenzahl	0,5	21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	entfällt	
3.4 Baumassenzahl	entfällt	22. Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft	entfällt	
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	siehe Plan	23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	entfällt	
4. Bauweise	offene	24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	entfällt	
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	siehe Plan	25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engeren räumlichen Bereiches aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind	entfällt	
6. Stellung der baulichen Anlagen	siehe Plan	26. Die bei einzelnen Anlagen, die die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder erheblich beeinträchtigen von der Bebauung freizuhaltende Schutzflächen und ihre Nutzung	entfällt	
7. Mindestgröße der Baugrundstücke	450 m ²	27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	entfällt	
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Erdgesch. FBOK bezogen auf NN)	siehe Plan	28. Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	entfällt	
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	innerhalb der bebaubaren Grundstücksfläche			
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	entfällt			
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	entfällt			
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	ges. Geltungsbereich			
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs bestimmt ist	entfällt			
14. Grundstücke die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	entfällt			

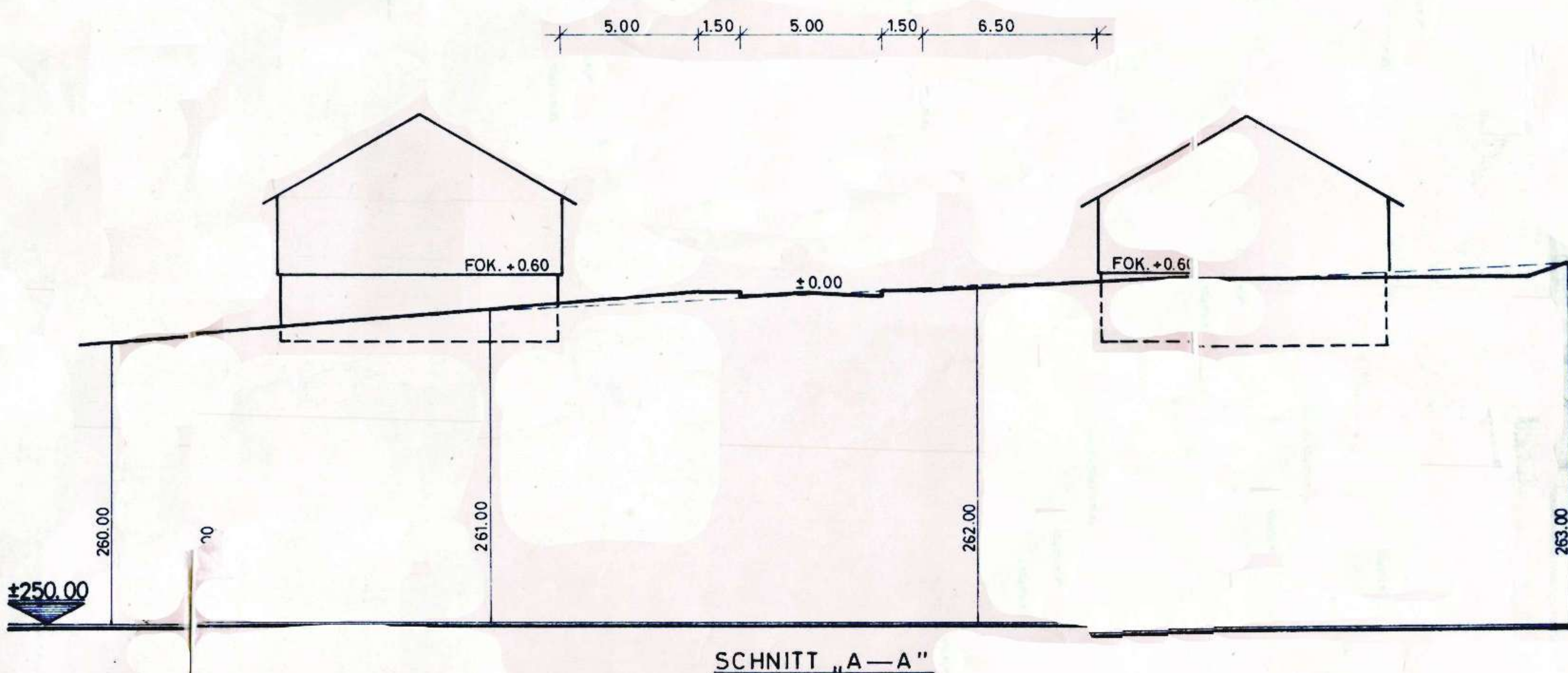
Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen aufgrund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

"Örtliche Bauvorschriften"

Bauplanungsverordnung

MASS-STAB DER SCHNITTE 1:200



Aufnahme von

Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern aufgrund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (ABl. S. 293).

entfällt

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind

entfällt
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind

entfällt
3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht

entfällt
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

entfällt



Gründet: 8.4.1970
H. Meier

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

1.

entfällt
2.

entfällt

Planzeichen- Erläuterungen

Geltungsbereich		Baulinie	
Bestehende Gebäude		Baugrenze	
Geplante Gebäude		Überbaubare Grundstücksfläche	
Bestehende Strassen		Entwässerungsrichtung	
Geplante Strassen		Belastete Flächen gem. Ziff. 23	
Bestehende Grundstücksgrenzen		Geschoßzahl	
Geplante Grundstücksgrenzen		Dauerkleingärten	
Umformerstation		Von der Bebauung freizuhaltende Grundst.	

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegen vom 27.10.1969 bis 27.11.1969

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am 15.12.1969 beschlossen.



Riegelsberg, den 26.1.70
Der Bürgermeister:

H. Meier

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt

...Saarbrücken, den 5. März 1970

SAARLAND

Der Minister des Innern
- Oberste Landesbaubehörde -

II FI-6-3200/70

R. M.

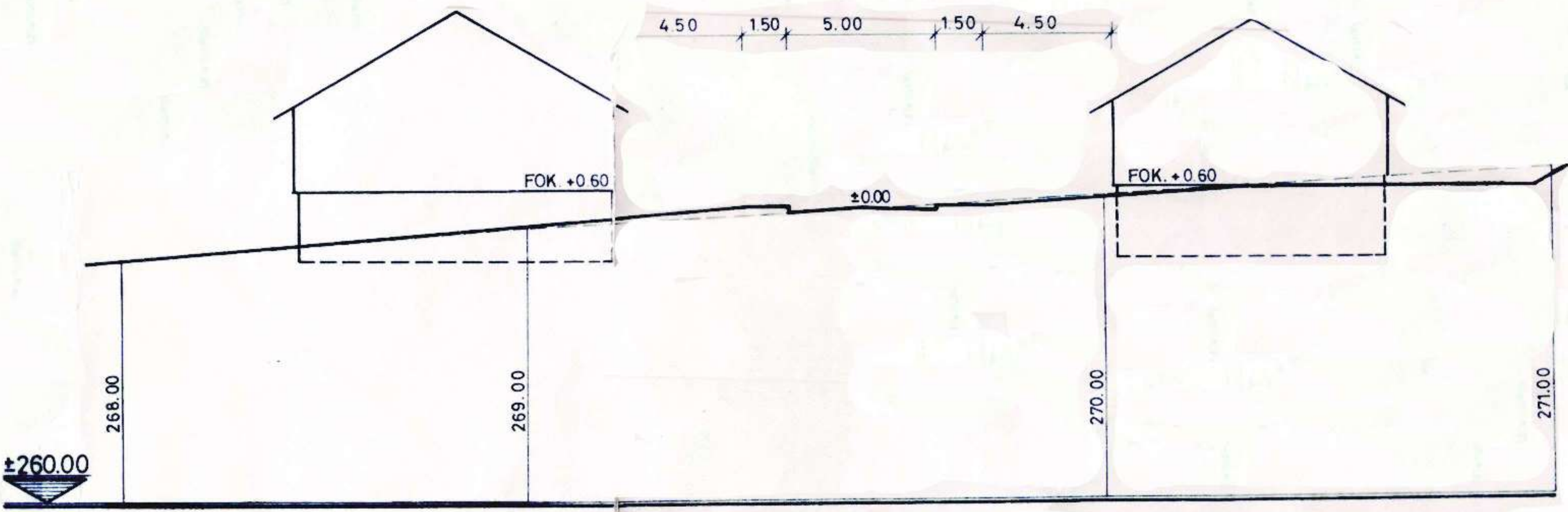
im Auftrage:

Bernaskof
Regierungsbaureferat

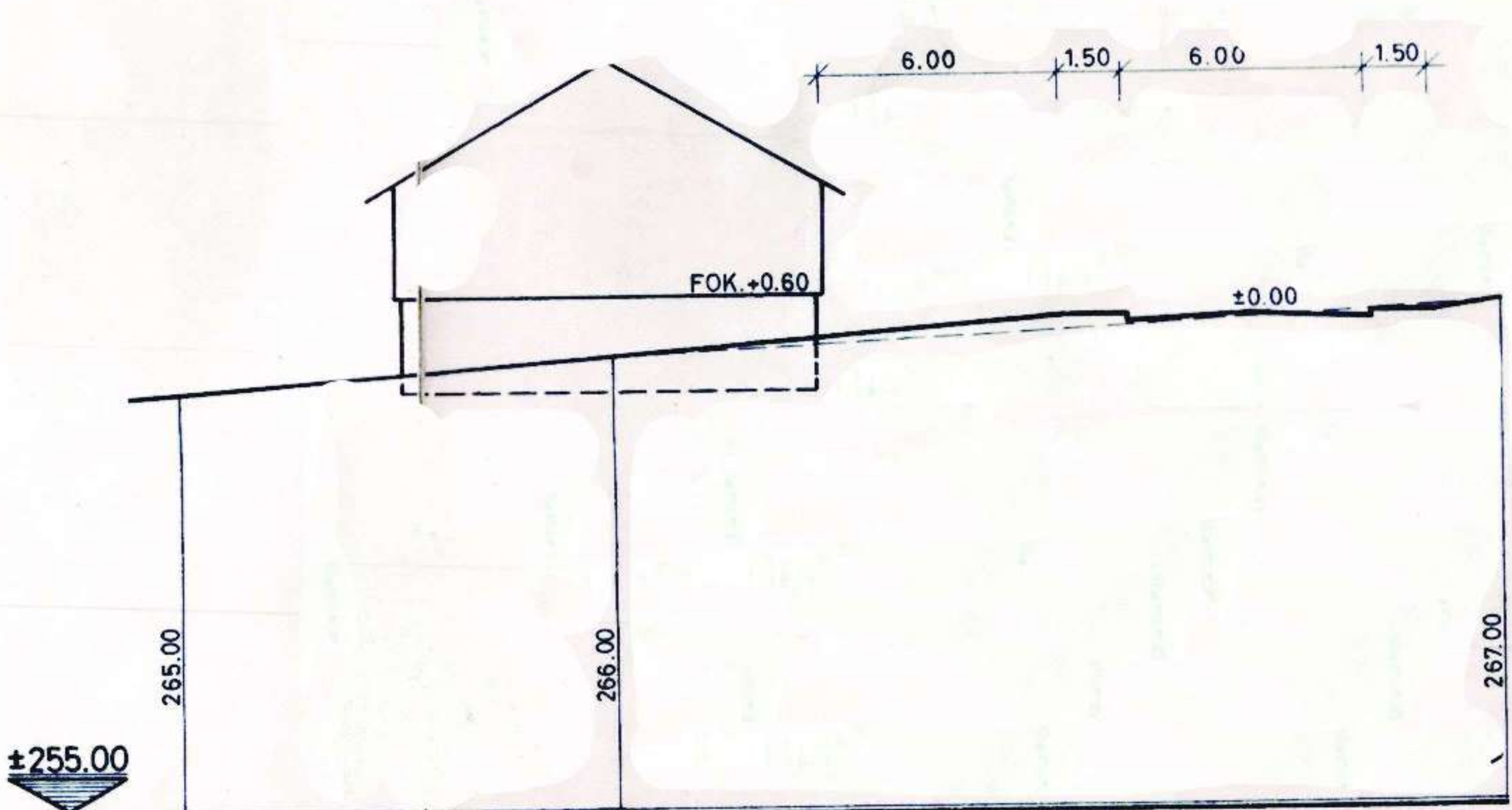
Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am 23. April 1970 ortsüblich bekanntgemacht.

Riegelsberg, den 4. Mai 1970

Der Bürgermeister:



SCHNITT „C—C“



SCHNITT „B—B“